



# CDU

**Verband  
Brüssel-Belgien asbl**

## Informationen aus dem Vorstand

Verehrte Mitglieder,

Nach dem Sommer, der neben den üblichen Lückenfüllern im Sommerloch doch so manche hitzige Debatte hervorgerufen hat, darf ich Ihnen wieder einige Informationen zur Verfügung stellen. Außerdem möchten wir Ihnen das Programm für die verbleibende 2. Jahreshälfte vorstellen.

Mit den besten Grüßen

### Ausblick auf zukünftige Veranstaltungen

Zwei Veranstaltungen sind bereits fest geplant, nämlich ein Abend für unsere Neumitglieder, zu dem wir aber auch potentielle Mitglieder, wie die Assistentinnen und Assistenten der CDU/CSU Gruppe im EP, einladen. Am 11. Oktober wird der Vorstand gemeinsam mit den Freunden der CSU und dem Vorstand der JU Brüssel unseren Gästen zu Gesprächen zur Verfügung stehen.

Am 16. November wird es natürlich eine Rückschau auf den Bundesparteitag geben.

Darüber hinaus sind wir mit dem Parlamentarischen Geschäftsführer, Peter Altmaier, im Gespräch und hoffen, ihn noch dieses Jahr bei uns begrüßen zu können.

### Das Energiekonzept der Bundesregierung

Wie üblich drehte sich bei der Debatte alles nur um die Frage, ob man sich nun trauen würde, die Kernkraftwerke länger laufen zu lassen oder nicht. Das berühmte Wort von Siegern und Verlieren überlagerte alles. Da stimmt es doch gewissermaßen hoffnungsfroh, wenn der Spiegel am Dienstag nach der sonntäglichen, nächtlichen Einigung feststellt, dass *"die Atomkraft im Energiekonzept der Regierung nur knapp eine*

*Seite von insgesamt 39"* füllt. Schade, dass wir als Union wegen der Fokussierung auf die Laufzeitverlängerungen damit nicht durchdringen.

Generell frage ich mich, hätte man das alles nicht früher beschließen können? Musste man dazu wirklich so lange warten, bis die Bundesratsmehrheit verloren war? War es hilfreich, dass ein Gutachten vorgelegt wird, welches, ob bewusst oder nicht, so viel Interpretationsraum lässt, dass sich jeder wiederfinden kann? Bedurfte es der Zusatzvereinbarung, die nun als *"Gemeinpapier"* ein mediales Problem darstellt? Dies sind wahrscheinlich auch die Fragen, die Sie bewegen.

Zu Ihrer Lektüre füge ich die Verlautbarungen unseres Generalsekretärs an.



bk-06-09-10-staterne100906\_GS\_Energiekonzept.pdf  
nt-energiegespräch.pdf

### Meinungsfreiheit in der Demokratie

Ich habe lange überlegt, ob ich zur Diskussion um Herrn Sarrazin etwas sage oder nicht. Einige sind vielleicht richtigerweise der Meinung, man möge sich nur äußern, wenn man das Buch gelesen habe. Aber längst ist es eine Debatte um das Funktionieren der Meinungsfreiheit in unserer Demokratie geworden. Und dazu kann man nicht schweigen, erst recht nicht wenn das eigentliche Thema die Integration (von Ausländern) betrifft, die ja inzwischen auch prominent auf der EU Agenda steht.

Ogleich ich das Buch nicht gelesen habe, bin ich der Auffassung, dass weder durch persönliche Verletzungen hervorgerufene Anwürfe noch die Verstärkung des eigenen Arguments unter Missbrauch der öffentlichen Funktion von Meinungsfreiheit gedeckt sind. Zweitens finde ich, dass die aktuelle Verquickung aller möglicher "Meinungsfreiheiten" der eigentlichen Diskussion



# CDU

**Verband  
Brüssel-Belgien asbl**

## Informationen aus dem Vorstand

eher abträglich ist. Dazu passt aber, dass der Fokus der Debatte nahezu täglich wechselt.

Frühzeitig haben sich auch Unionspolitiker in die Debatte eingeschaltet. Warum eigentlich?. Waren wir es doch, die vor Jahren unter dem Begriff Leitkultur eine Debatte über die Integration erzeugt haben, auch wenn uns alle Befürworter von Multi-Kulti sofort in die extremistische Ecke gestellt haben. Dieselben Akteure gestehen heute Fehler ein und reden uns nach dem Mund bei der Frage nach möglichen Sanktionsmechanismen.

Hinsichtlich des nun beklagten Missstands um die Meinungsfreiheit darf man daran erinnern, dass die Presse jede innerparteiliche Diskussion gleich als Streit und vom Wahlvolk abgelehnte Uneinigkeit brandmarkt. Wen wundert es also, wenn Parteitage zu Geschlossenheitsdemos verkommen. Dies hat jeder erlebt, der die letzten Parteitage mitgemacht hat.

Die gleiche Presse hat sich aber schnell an Negativäußerungen beteiligt, so wie sie dann die Märtyrerschaft prophezeit und nun also den Mangel an unvoreingenommener Diskussion beklagt. Vieles, von dem, was Herr Schirmmacher in der FAZ vom letzten Sonntag geschrieben hat, kann ich mittragen. Dennoch verwundert der Hinweis darauf, dass die Presse verunsichert sei. Wodurch wird leider nicht erklärt und angesichts der dialektischen Veränderungen, wie beschrieben, befremdet dieser Befund.

Unabhängig davon müssen wir uns der Diskussion stellen. Verdrängung fördert nur die Extremisten, wie vielfältige Beispiele aus dem europäischen Ausland zeigen. Schweden ist nur das jüngste Symptom. Ausblendung von Geschehnissen, die - ob zu Recht oder nicht - als irritierende Realität empfunden wird, hilft ebenso wenig wie Versuche, die auszugrenzen, die daraus Kapital schlagen.

Also stellt sich die Frage, wie wir wieder zu einer Debattenkultur zurückkommen. Ohne eine

Änderung der Begleitung durch die Medien kann dies nicht gelingen. Aber es bedarf auch des Mutes, die Dinge beim Namen zu nennen, auch um den Preis, dass man glaubt so die nächsten Wahlen zu gefährden. Der eigene scheue Rückblick auf verlorene Wahlen verstellt mangels Analyse derselben dabei den Blick.

### Impressionen von der Regionalkonferenz in Bonn

Die NRW CDU will ihren zukünftigen Landeschef über ein Mitgliedervotum ermitteln, ehe der Landesparteitag abstimmt. Dazu finden in diesen Tagen Regionalkonferenzen statt. Am Donnerstag, 2. September, bin ich dazu nach Bonn gefahren.

Was fiel mir auf? Nun, tatsächlich waren gut 800 Menschen gekommen, um beide Kandidaten zu hören und Ihnen anschließend Fragen zu stellen. Obgleich die Veranstaltung erst um 19h00 begann, waren sehr wenig junge Leute im Saal.

Die Berichte, welche die Redeauftritte von Armin Laschet und Norbert Röttgen bewertet haben, geben doch ziemlich genau die Stimmung und Reaktionen im Saal wieder. Eher ernüchternd fand ich die Fragerunden, weil niemand den Kandidaten wirklich eine Antwort abverlangt hat, was sie denn unter Erneuerung der Partei nach der Wahlniederlage verstehen. Auch die Frage nach einer generellen Positionsbestimmung der CDU wurde nicht gestellt. Also entscheidet die Frage, ob der Kandidat vor Ort sein muss?

### Leitantrag des Bundesparteitags

Auf den Aufruf, uns zum Leitantrag zur Gesellschaftspolitik "[Faire Chancen für jedes Kind](#)" gegebenenfalls Änderungsanträge vorzuschlagen, hat der Vorstand von einem Mitglied textliche Vorschläge erhalten, die allerdings nach Beratungen im Vorstand und trotz alternativer Formulierungen keine Mehrheit für eine Antragstellung fanden.